

## Pressemitteilung

23. November 2012

Deutschland-Check November

### **Arbeitnehmerumfrage: Ausgabenkürzung statt Steuerhöhung**

Berlin – Um den Schuldenstand zu reduzieren, soll der Staat nach Ansicht einer Mehrheit der Arbeitnehmer nicht die Steuern erhöhen, sondern die Ausgaben senken. Von den Befragten schlossen sich 85,1 Prozent dieser Meinung an, nur 9 Prozent sprechen sich für eine Erhöhung von Steuern aus. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung von Arbeitnehmern, die von der **IW Consult**, einer Tochtergesellschaft des **Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW)**, im Auftrag der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** und der **WirtschaftsWoche (WiWo)** durchgeführt wurde.

Selbst wenn sie selbst von den Ausgabenkürzungen betroffen wären, würde über zwei Drittel der Arbeitnehmer für diesen Weg der Konsolidierung stimmen. „Ausgabenkürzungen sind der richtige Weg zur Haushaltskonsolidierung“, kommentiert INSM-Geschäftsführer **Hubertus Pellengahr**: „Die schwarze Null hätte eigentlich bereits 2013 stehen können. Die Bundesregierung ist weit hinter ihren Möglichkeiten zurückgeblieben.“

Die Mehrheit der deutschen Arbeitnehmer verlangt, die Neuverschuldung für die öffentlichen Haushalte zu stoppen. 81 Prozent der Arbeitnehmer lehnen die Aufnahme neuer Kredite durch den Staat ab.

Von den befragten Arbeitnehmern halten lediglich 14,3 Prozent eine Neuverschuldung für notwendig (4,7 Prozent sind unentschieden). Aber auch eine Mehrheit (10,4 Prozent) dieser Gruppe, spricht sich für eine Reduzierung der Kreditaufnahme aus.

Insgesamt halten 83,1 Prozent der Befragten die aktuelle Verschuldung für zu hoch.

„Die Steuereinnahmen werden 2012 erstmals über 600 Milliarden Euro liegen. Dennoch kommen Bund, Länder und Gemeinden mit dem Geld nicht aus und machen neue Schulden. Es ist an der Zeit, endlich die Haushaltskonsolidierung konsequent voranzutreiben“, so **Hubertus Pellengahr**.

Zur Begrenzung der Staatsverschuldung in Deutschland wurde im Jahr 2009 die Schuldenbremse beschlossen und ins Grundgesetz aufgenommen. Die Einführung der Schuldenbremse wird von den Teilnehmern der Umfrage begrüßt: 84,4 Prozent halten deren Einführung für richtig. Vertrauen in die Politik, dass die Schuldenbremse eingehalten wird, besteht allerdings nicht: 84,3 Prozent der Befragten erwarten, dass die Vorgaben der Schuldenbremse umgangen werden.

Im Rahmen des IW-Arbeitnehmervotums wurden 1.000 Arbeitnehmer vom 22. Oktober bis zum 2. November 2012 online befragt. Die Stichprobe der Arbeitnehmer zwischen 16 und 65 Jahren ist repräsentativ für Deutschland und nach Schulbildung, Geschlecht und Altersgruppen unterteilt. Arbeitnehmer ohne Schulbildung sind nicht berücksichtigt. Die Umfrage ist Teil des Deutschland-Checks, einer Dauerstudie im Auftrag der INSM und der WirtschaftsWoche.

Die **gesamte Umfrage** inklusive Grafiken finden Sie unter [www.deutschland-check.de](http://www.deutschland-check.de)

### **Pressekontakt**

Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174, [hennet@insm.de](mailto:hennet@insm.de)

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.